

LÄNDERCHECK

LEHRE UND FORSCHUNG IM FÖDERALEN WETTBEWERB

NOVEMBER 2009

DER LANGE WEG NACH BOLOGNA

WO STEHEN DIE BUNDESLÄNDER BEI DER STUDIENREFORM?

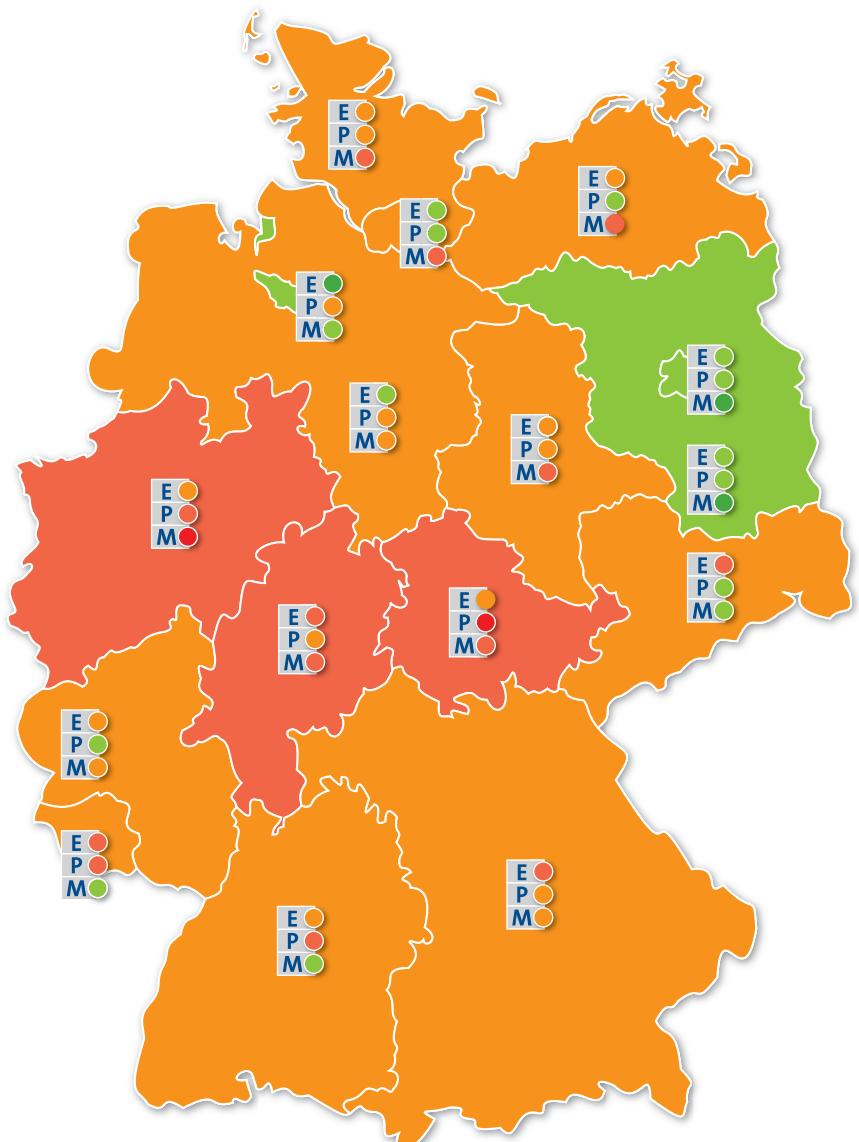
■ Durch den Bolognaprozess soll ein gemeinsamer europäischer Hochschulraum entstehen. Seine Ziele: Berufsbefähigung, lebenslanges Lernen, Mobilität und die globale Attraktivität der Hochschulen stärken. Wichtigstes Instrument ist die Einführung der gestuften Studiengänge mit den neuen Abschlüssen Bachelor und Master.

■ Berlin, Bremen und Brandenburg sind die Spitzenechte im Bologna-Prozess. Schlusslichter sind Hessen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen.

■ Bei der Einführung gestufter Studiengänge gibt es große Unterschiede. Insgesamt ist der Norden deutlich weiter fortgeschritten als der Süden der Republik.

■ Praxisbezug im Studium und formale Angebote akademischer Weiterbildung sind insgesamt noch wenig verbreitet. Gute Ergebnisse erreichen hier am ehesten die Stadtstaaten.

■ Die Mobilität von deutschen Studierenden hat insgesamt zugenommen. Besonders gut schneiden Berlin und Brandenburg ab, abgeschlagen ist Nordrhein-Westfalen.



Einführung der gestuften Studiengänge — E — Spitzengruppe

Praxisbezug und lebenslanges Lernen — P — Mittelgruppe

Studentische Mobilität und globale Attraktivität — M — Schlussgruppe

WIE WEIT NOCH BIS BOLOGNA?

ZIELE UND ERGEBNISSE DES LÄNDERCHECKS

DER BOLOGNAPROZESS UND SEINE ZIELE

Die Bildungspolitik in Europa hat sich mit dem Bolognaprozess fünf Ziele gesteckt: 1. einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum zu schaffen, 2. die Employability (Beschäftigungsbefähigung) der Hochschulabsolventen zu verbessern, 3. Hochschulangebote für das Lebenslange Lernen zu schaffen, 4. die Mobilität der Studierenden zu erhöhen und 5. die Attraktivität der europäischen Hochschulen im internationalen Wettbewerb zu steigern. Erreicht werden sollen diese Ziele mit der Einführung eines europaweit vergleichbaren, mehrstufigen Studiensystems mit den Abschlüssen Bachelor, Master und Promotion. Der Ländercheck des Stifterverbandes will dazu beitragen, Fortschritte, Leerstellen und unterschiedliche Entwicklungen bei der Erreichung der verschiedenen Bologna-Ziele kenntlich zu machen.

DIE ZIELE IM BUNDESLÄNDER-CHECK: AUFBAU UND INDIKATOREN

Der Ländercheck vergleicht, in Anlehnung an die Bologna-Ziele, die Fortschritte in den Bundesländern in den Bereichen:

- Einführung der gestuften Studiengänge
- Praxisbezug und Lebenslanges Lernen
- studentische Mobilität und globale Attraktivität der Hochschulen

■ Die Bolognaziele sind von grunderhaltender Bedeutung und so breit gefasst, dass deren Erreichung nicht anhand einzelnen oder einiger weniger Indikatoren vollständig beschrieben werden kann. Der Ländercheck Bologna greift deshalb eine **Auswahl von Indikatoren** auf, die Fortschritte im Bolognaprozess dokumentieren und entscheidend zum Gesamtbild beitragen. Die Indikatoren sind so konzipiert, dass sie die relative Position der Bundesländer abbilden und damit Erfolge und Versäumnisse von Hochschulen und Hochschulpolitik im Vergleich der Länder aufzeigen.

■ Die Verfügbarkeit von validen Indikatoren ist in den drei oben genannten Bereichen außerordentlich unterschiedlich. Kann für die Einführung der gestuften Studiengänge auf entsprechende Zahlen vom Statistischen Bundesamt

zurückgegriffen werden, so gibt es bisher für die Bewertung der Berufsbefähigung und des Lebenslangen Lernens erst ganz wenige aussagekräftige Erhebungen. Die Indikatoren können in diesem Bereich – und in abgeschwächter Form gilt dies auch für »studentische Mobilität und globale Attraktivität« – lediglich erste Hinweise auf Stärken und Schwächen einzelner Bundesländer geben.

■ Der Ländercheck analysiert, wie gut das Hochschulsystem eines Bundeslandes die Ziele von Bologna derzeit erfüllt. Die entsprechenden Indikatoren basieren deshalb auf allen Studierenden und Studiengängen eines Bundeslandes und nicht nur auf Bachelor und Master. Es werden nicht nur Indikatoren berücksichtigt, die dem Bologna-Prozess im engeren Sinne zuzuordnen sind. Die Analyse geht bewusst über das Formale hinaus und zieht solche Faktoren hinzu, die die Erreichung der Bologna-Ziele wesentlich unterstützen. So erweitern englischsprachige Studiengänge den Kreis der Studieninteressierten aus aller Welt erheblich und werden deshalb als Indikator für die globale Attraktivität des Studienangebots herangezogen, obwohl die Einrichtung von englischsprachigen Studiengängen kein Bologna-Ziel an sich ist.

- Die statistischen Indikatoren werden ergänzt durch **Beispiele oder Schlaglichter** (»Lupe«), die ausgewählte Gesichtspunkte des Bologna-Prozesses näher illustrieren sowie durch **Meinungsbilder** aus Umfragen unter Studierenden. Beide Aspekte fließen jedoch nicht in die Bewertung mit ein.
- Der Ländercheck vergleicht die Bundesländer im Bologna-Prozess. Er ist jedoch ausdrücklich keine Qualitätsüberprüfung der Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen insgesamt. Er untersucht nicht die Umsetzungsschwierigkeiten, die häufig die Kritik am Bologna-Prozess bestimmen. Insbesondere beantwortet er nicht die Fragen, ob der Bachelor als erster qualifizierender Hochschulabschluss auf dem Arbeitsmarkt angenommen wird, ob die strukturellen und curricularen Veränderungen die Studierbarkeit verbessern oder verschlechtern und ob die Lehr- und Lernbelastung für das wissenschaftliche Personal und die Studierenden zu- oder abgenommen haben.

BOLOGNA IM FÖDERALEN WETTBEWERB: ERSTE ERGEBNISSE

In der Gesamtschau aller in diesem Ländercheck verwendeten Indikatoren zeigt sich: Berlin, Bremen und Brandenburg liegen bei der Erreichung der hier betrachteten Bognaziele an der Spitze. Die Schlusslichter sind Hessen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen. Bereits bei der Einführung gestufter Studiengänge gibt es große Unterschiede. Sie ist im Norden deutlich weiter fortgeschritten als im Süden der Republik. Das Konzept von Employability als Studienziel ist ebenso wie der Bereich Lebenslanges Lernen insgesamt noch nicht weit entwickelt. Erst wenige Studiengänge integrieren explizit Elemente beruflicher Praxis und schaffen damit Berufsbefähigung. Weiterbildende Master sind noch die Ausnahme. Die Mobilität von deutschen Studierenden hat sich dagegen insgesamt positiv verändert. Besonders gut schneiden hier Berlin und Brandenburg ab, weit unterdurchschnittlich Nordrhein-Westfalen.

■ Die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen (BA und MA) ist ein entscheidender Baustein für die Verwirklichung eines europäischen Hochschulraums und soll Wegbereiter sein für die anderen Bognaziele. Der Bundesländervergleich zeigt: Länder, die bei

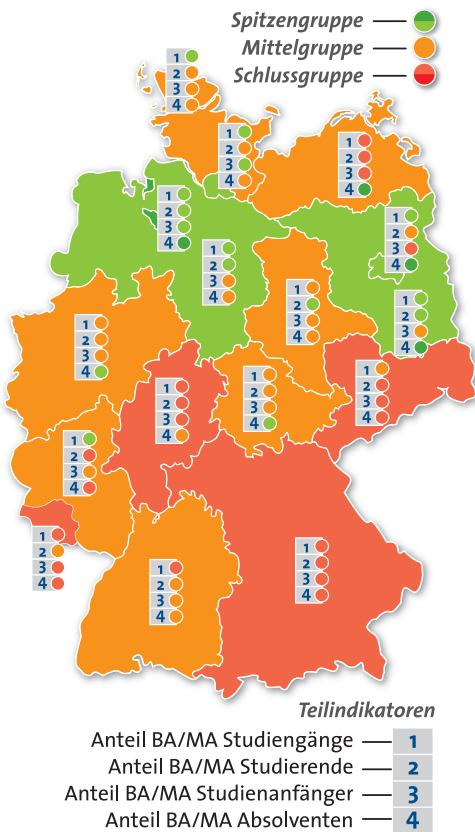
der Einführung von BA und MA Vorrreiter sind, erreichen mehrheitlich auch gute Ergebnisse bei den weiteren untersuchten Bognazielen Employability und Lebenslanges Lernen sowie Mobilität und globale Attraktivität der Hochschulen. Umgekehrt bedeutet eine langsame Umstellung auf die gestuften Studienabschlüsse noch nicht automatisch, dass andere Bognaziele ebenso verfehlt werden. So schneidet etwa Sachsen gut im Bereich Mobilität und Praxisbezug im Studium ab, zeigt sich jedoch zögerlich bei der Einführung von BA und MA. Die verschiedenen Ziele im Bologna-Prozess stehen aber keineswegs im Widerspruch zueinander. Die guten Beispiele zeigen: Bologna kann gelingen.

EINFÜHRUNG DER GESTUFTEN STUDIENGÄNGE

BACHELOR UND MASTER IM KOMMEN

Einführung der gestuften Studiengänge

Gesamtrating



Die Einführung gestufter Studienabschlüsse, also die Umstellung auf Bachelor und Master, soll dazu beitragen, dass die Vergleichbarkeit der Studiengänge und Abschlüsse in Europa zunimmt und so die Integration der Absolventen in einen europäischen Arbeitsmarkt besser gelingt. Damit sollen auch die studentische Mobilität erleichtert und die europäischen Hochschulen attraktiver für qualifizierte ausländische Studienbewerber werden. Ziel war, die Umstellung auf die neuen Abschlüsse bis 2010 abzuschließen. Ausnahmen bei der Umstellung bestehen für Studiengänge mit kirchlichen Abschlüssen und künstlerisch-musikalische Studiengänge. Offen ist die Situation noch bei Studiengängen, die (bisher) mit einem Staatsexamen abschließen, etwa Lehramt, Medizin und Jura.

In den vergangenen Jahren ist der Anteil der Studiengänge, die mit BA oder MA abschließen, kontinuierlich gewachsen. Von den Studierenden waren im Wintersemester 2008/09 im Durchschnitt über 40% in BA/MA-Studiengängen eingeschrieben. Zwei von drei Studienanfängern beginnen ein Bachelor-Studium. Über 75% aller Studiengänge sind auf die neuen Abschlüsse umgestellt. Vor fünf Jahren waren es nicht einmal 25%.

Gliederung und Gewichtung der 1. Bologna-Kategorie:

Einführung der gestuften Studiengänge

- I.1 Anteil BA/MA Studiengänge (25%)
- I.2 Anteil BA/MA Studierende (25%)
- I.3 Anteil BA/MA Studienanfänger (25%)
- I.4 Anteil BA/MA Absolventen (25%)

Zur Bewertung der Einführung gestufter Studienabschlüsse nutzt der Ländercheck vier Indikatoren (siehe Abbildung), um den aktuellen Stand der formalen Umstellung auf das neue System, aber auch die Entwicklung bei den Studierendenzahlen angemessen zu berücksichtigen. Im Grad und in der Geschwindigkeit bei der Einführung der neuen Studienabschlüsse zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern. In der Gesamtbewertung fällt ein Nord-Süd Gefälle auf. Bremen ist nach dieser Bewertung der Spitzenreiter bei der Umstellung auf die neuen Studienabschlüsse, vor Brandenburg, Berlin, Niedersachsen und Hamburg. Die Einführung von BA/MA-Abschlüssen ist dagegen in den südlichen Bundesländern, allen voran in Bayern, noch nicht so weit fortgeschritten. Gemessen an der Einführung gestufter Studienabschlüsse hat der Bologna-Prozess in Deutschland klare Vorreiter und Nachzügler. Dabei sind die Vorreiter den Nachzüglern um etwa zwei bis drei Jahre voraus.

MEINUNG: STUDIERENDE MIT BA/MA MEHRHEITLICH ZUFRIEDEN

Eine Befragung unter Studierenden, die für den Ländercheck durchgeführt wurde, zeigt: Über 60% derjenigen, die einen Bachelor- oder Master-Abschluss anstreben, sind mit ihrem Studium insgesamt zufrieden oder sogar sehr zufrieden. Nur 7% sind (sehr) unzufrieden. Damit lassen sich in der Summe kaum Unterschiede in der Zufriedenheit zu Studierenden feststellen, die noch in den alten Studiengängen wie Diplom, Magister oder Staatsexamen eingeschrieben sind. Das gilt allerdings nicht für jedes Bundesland in gleicher Weise. In Hamburg ist der Anteil Zufriedener in BA- und MA-Studiengängen fast 30 Prozentpunkte höher als in den anderen Studiengängen. In Sachsen ist das Verhältnis umgekehrt. Auffallend ist: Vier der fünf Länder, die in der Ländercheckwertung bei der Umstellung auf BA/MA führend sind, weisen auch eine vergleichsweise höhere Zufriedenheit der Studierenden in den gestuften Studiengängen auf. Eine langsame Umstellung schafft dagegen nicht mehr Zufriedenheit. In den Ländern, die zur Schlussgruppe bei der Einführung gestufter Studiengänge zählen, sind die Studierenden weniger zufrieden. Eine konsequente Umstellung kann also erfolgreich sein und bei den Studierenden gut ankommen. Dagegen scheint eine zögerliche Umsetzung nicht unbedingt die Qualität der Umstellung und damit die Zufriedenheit der Studierenden zu verbessern.

Zufriedenheit in neuen und alten Studiengängen

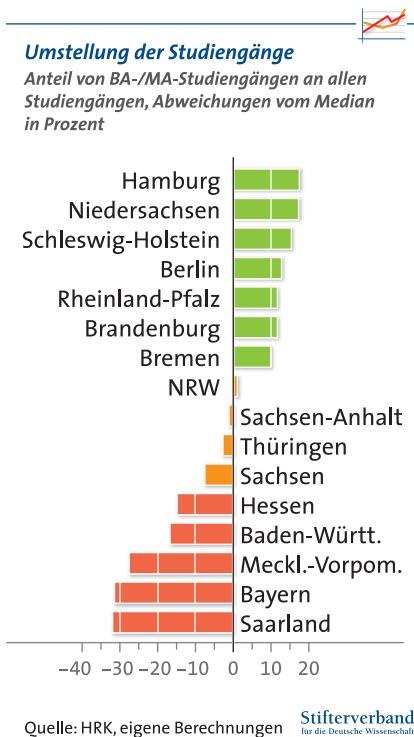
Zufriedenheit* der Studierenden in BA-/MA-Studiengängen im Vergleich zu anderen Studiengängen, Differenz in Prozent



Quelle: Master-Studie 2009,
Sonderauswertung für den
Stifterverband

Stifterverband
für die Deutsche Wissenschaft

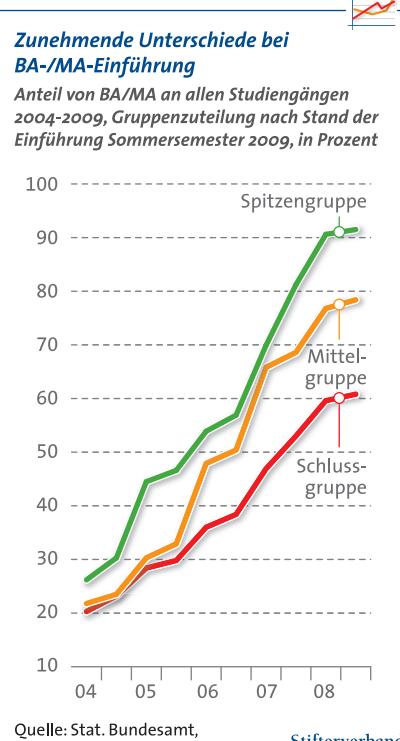
EINFÜHRUNG DER GESTUFTEN STUDIENGÄNGE



BA/MA-STUDIENGÄNGE: IM NORDEN BEREITS DIE REGEL

Der Norden Deutschlands scheint bei der Einführung gestufter Studienabschlüsse insgesamt besser aufgestellt zu sein. In Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bremen enden bereits bis zu 95% der nichtauslaufenden Studiengänge mit einem BA/MA-Abschluss; bei den Schlusslichtern Bayern und Saarland erst etwas mehr als jeder zweite.

Insgesamt schreitet die Umstellung in allen Ländern voran. Während vor fünf Jahren erst eine Minderheit der Studiengänge mit einem BA oder MA abschloss, liegen heute alle Bundesländer über der 50%-Marke. Die ursprüngliche Absicht, die Umstellung bis 2010 abzuschließen, wird jedoch nur von einer Spitzengruppe von sieben Bundesländern mit einer durchschnittlichen Umstellungsquote von 90% annähernd erfüllt. Andere Bundesländer, die im Ländercheck die Schlussgruppe bilden, liegen im Schnitt 30 Prozentpunkte zurück und haben damit insgesamt erst etwa zwei Drittel der Wegstrecke zurückgelegt. Die unterschiedliche Geschwindigkeit bei der Einführung von BA- und MA-Studiengängen zeigt sich dabei erst in den letzten fünf Jahren besonders deutlich. In den Ländern, die heute die Spitzengruppe bilden, hatten im Win-

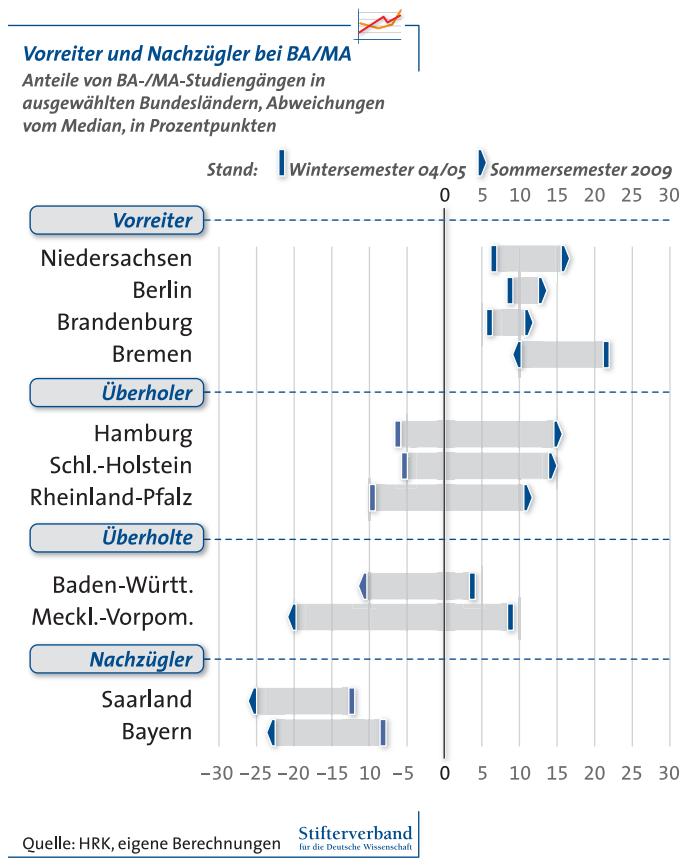


tersemester 2004/05 auch nur 26% der Studiengänge einen BA- oder MA-Abschluss. Die Länder, die heute die Schlussgruppe bilden, lagen mit einer Quote von 20% fast gleichauf (siehe Abbildung).

Einige der Länder, die heute die Umstellung fast abgeschlossen haben, haben die Einführung der gestuften Studiengänge bereits von Beginn an vorangetrieben. Dies zeigt ein Vergleich der Umstellungsquoten des Wintersemesters 2004/05 mit dem Sommersemester

2009. Zu diesen Vorreitern gehört beispielsweise Bremen, das bereits vor fünf Jahren mit seiner Umstellungsquote weit über dem Durchschnitt lag und heute immer noch überdurchschnittlich ist. Im Gegensatz dazu gibt es Nachzügler wie das Saarland und Bayern, bei denen die Umsetzung schleppend begann und nie richtig in Fahrt kam. Bereits vor fünf Jahren lagen die Länder mit ihrer Umstellungsquote etwa zehn Prozentpunkte unter dem Durchschnitt. Dieser Rückstand ist bis 2009 auf über 20 Prozentpunkte angewachsen. Es gibt aber auch Überholer wie etwa Hamburg und Schleswig-Holstein, die 2004/05 erst wenige Studiengänge auf BA und MA umgestellt hatten, heute jedoch zur Spitzengruppe zählen. Und es gibt Überholte, die anfangs noch zur Avantgarde im Bologna-Prozess zählten, heute jedoch Teil der Schlussgruppe sind. Dies trifft auf Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg zu (siehe Abbildung).

Die Umstellung der Studiengänge auf das zweistufige System erfolgt in den Hochschulen und liegt damit größtenteils in deren Verantwortung. Allerdings nehmen die Wissenschaftsministerien der Länder über Hochschulgesetze und Zielvereinbarungen Einfluss auf die Umsetzung. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen, mit denen die Länder die Einführung des zweistufigen Systems von



Studienabschlüssen regeln, unterscheiden sich teilweise erheblich. In vielen Ländern ist die Einführung gesetzlich vorgeschrieben, oft gibt es Ausnahmeregelungen. Eine gesetzliche Regelung bedeutet jedoch nicht automatisch eine schnelle Einführung. So sieht Baden-Württemberg im Hochschulgesetz die Einführung des zweistufigen Systems explizit vor. Bis heute ist dort aber jeder dritte Studiengang noch nicht umge-

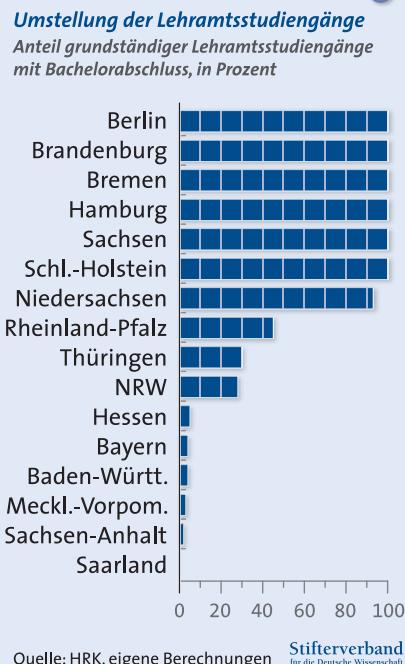
stellt. Berlin hat hingegen keine gesetzliche Regelung zur Umstellung der Studienabschlüsse getroffen. Dennoch liegt dort der Anteil der BA/MA-Studiengänge bei 90%.

EINFÜHRUNG DER GESTUFTEN STUDIENGÄNGE

STUDIERENDE IN BA/MA-STUDIENGÄNGEN: IN BREMEN BEREITS 60%, IN SACHSEN ERST 30%

Die unterschiedliche Geschwindigkeit bei der Einführung von Bachelor und Master zeigt sich auch am Anteil der Studierenden in den umgestellten Studiengängen. Eine wesentliche Rolle spielt bei diesem Indikator, ob Studiengänge in stark nachgefragten Disziplinen wie

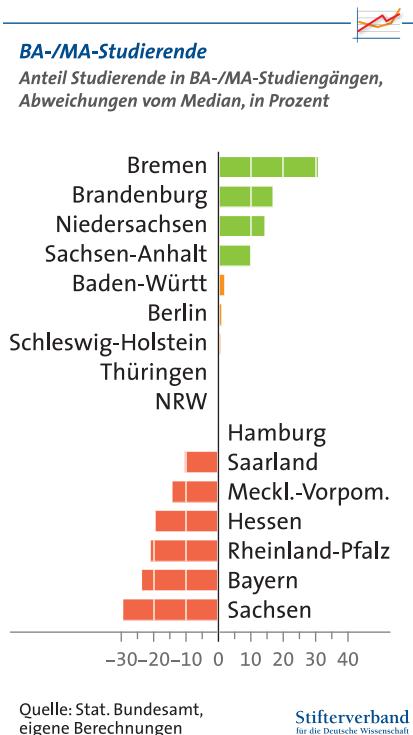
Wirtschafts- oder Ingenieurwissenschaften oder in sog. kleinen Fächern rasch umgestellt wurden. Im bundesweiten Durchschnitt studiert etwa jeder Dritte mit der Perspektive, einen BA- oder MA-Grad zu erwerben. Mit einem Anteil von fast 60% liegt Bremen deutlich vor den anderen Bundesländern. Sachsen (32%), Bayern (34%) und Rheinland-Pfalz (36%) liegen in der Gruppe der Schlusslichter weit dahinter.



LUPE: MAXIMALE UNTERSCHIEDE BEI LEHRAMTSSTUDIENGÄNGEN

Die größten Unterschiede bestehen in den bislang mit Staatsexamen abschließenden Studiengängen. In den drei Stadtstaaten und drei weiteren Ländern sind bereits 100% der Lehramtsstudiengänge umgestellt. In Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, die über die Hälfte der insgesamt etwa 2.500 grundständigen Lehramtsstudiengänge anbieten, verläuft die Umstellung dagegen schleppend. In den beiden Südländern kann erst in 4% und in Nordrhein-Westfalen in 28% der grundständigen Lehramtsstudiengänge ein BA erworben werden.

Die Zahl der umzustellenden Studiengänge ist dabei kein Argument. Niedersachsen bietet von über 200 grundständigen Lehramtsstudiengängen bereits 93% als BA-Studium an, während sich das Saarland der Umstellung bislang komplett verschließt.



UNTERSCHIEDE BEI ABSOLVENTEN UND STUDIENANFÄNGERN: ES SIND NICHT IMMER DIE GLEICHEN SPITZE

Auch bei zwei weiteren Indikatoren für die Einführung gestufter Studiengänge zeigt sich ein nach Bundesländern stark differenziertes Bild. Durch die schrittweise Umstellung auf die neuen Abschlüsse ist naturgemäß die Zahl der BA/MA-Absolventen noch gering. Im Durchschnitt verließ 2007 jeder sechste Absolvent die Hochschule mit einem der gestuften Abschlüsse. Die übrigen erwar-

ben noch die herkömmlichen Abschlüsse wie Diplom, Magister oder Staatsexamen. Bei den Studienanfängern sind es im Wintersemester 2008/09 jedoch schon mehr als zwei Drittel, die einen BA/MA-Abschluss anstreben. Die Abweichungen der Bundesländer von diesen Durchschnittszahlen sind groß. Besonders viele Absolventen kommen beispielsweise aus Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Mehr als jeder Vierte, der sein Studium erfolgreich beendet, hat dort einen Bachelor- oder Masterabschluss in der Tasche. Bei den

Studienanfängern gehört das Land an der Ostsee jedoch zur Schlussgruppe, Brandenburg ist hier nur Durchschnitt. Dagegen sind die Zahlen in Bremen besonders hoch. Etwa 85% aller Studienanfänger beginnen im kleinsten Bundesland ein BA/MA-Studium. Ebenfalls weit überdurchschnittliche BA/MA-Quoten bei den Studienanfängern erreicht Hamburg, das bei Absolventen nur unterdurchschnittlich abschneidet. Bayern findet sich dagegen sowohl bei Studienanfängern als auch bei Absolventen in der Schlussgruppe wieder.

LUPE: PRÜFSIEGEL AKKREDITIERUNG

Ein Ziel, das mit der Einführung der neuen Studiengänge im Zusammenhang steht, ist der Aufbau eines Qualitätssicherungssystems. Hochschulabschlüsse sollen (international) vergleichbar sein und müssen damit entsprechende Mindeststandards erfüllen. Dieses Ziel wird in Deutschland mit der Akkreditierung von Studiengängen verfolgt, die zur Entwicklung der Qualität von Studium und Lehre beitragen und in diesem Sinne an der Verwirklichung des Europäischen Hochschulraums mitwirken soll. Bundesländer, die Vorreiter in der Einführung von BA- und MA-Studiengängen sind, müssen noch lange nicht führend bei der Akkreditierung sein. Hamburg, Berlin und Brandenburg, die eine hohe Umstellungsquote erreicht haben, gehören bei der Akkreditierung zur Schlussgruppe. Die höchste Akkreditierungsquote hat Rheinland-Pfalz. Über 85% der Studiengänge sind hier bereits akkreditiert. Andere Länder sind hinsichtlich der Akkreditierung deutlich zurückhaltender. In Bayern, Sachsen und dem Saarland haben bisher weniger als ein Viertel der Studiengänge erfolgreich ein Akkreditierungsverfahren durchlaufen. Ein Grund für den unterschiedlichen Grad der Akkreditierung sind entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen. Einige Bundesländer sehen eine nachlaufende, andere eine vorlaufende Akkreditierung vor, das heißt, eine Akkreditierung kann nach oder muss vor dem offiziellen Start des Studienganges erfolgen.

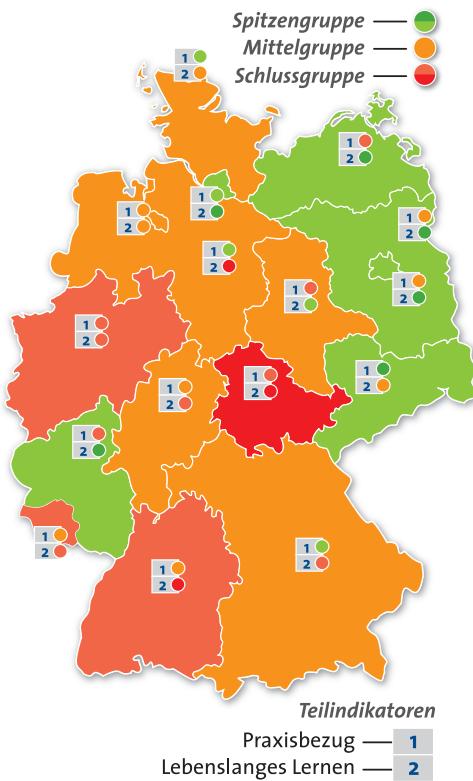


PRAXISBEZUG UND LEBENSLANGES LERNEN

WIE DIE VEREINBARKEIT VON BERUF UND STUDIUM GELINGT

Praxisbezug und Lebenslanges Lernen

Gesamtrating



Der Bologna-Prozess will die Employability (Berufsbefähigung) durch das Studium insgesamt stärken. Entgegen einem verbreiteten Missverständnis bedeutet das aber gerade nicht die Vorbereitung auf einen konkreten Beruf. Vielmehr ist damit gemeint, durch eine grundlegende akademische Schulung und Ausbildung bereits mit dem Bachelorabschluss eine allgemeine Berufsfähigkeit zu erlangen, um den Anforderungen in einer Vielzahl möglicher Einsatzfelder gerecht werden zu können. Unabhängig von einer bestimmten Fachrichtung oder einem konkreten Berufsfeld wird es sich dabei grundsätzlich um Tätigkeiten handeln, die in besonderem Maße analytisches Denken, Urteilsfähigkeit und Problemlösungskompetenz verlangen. Das Studium soll dafür insbesondere auch fachübergreifende Schlüsselqualifikationen vermitteln. Damit aber der Blick der Absolventen auf mögliche Einsatzfelder außerhalb von Wissenschaft und Forschung gelenkt wird, muss sich das Studium auch an möglichen und typischen Berufsfeldern orientieren.

Darüber hinaus soll sich ein Hochschulstudium mehr und mehr als Element einer kontinuierlichen Bildungsbiografie durchsetzen, die mit einem akademischen Grad nicht abgeschlossen ist. Lebenslanges Lernen heißt dann,

Gliederung und Gewichtung der 2. Bologna-Kategorie:

1. Praxisbezug im Studium

I.5 Anteil Studiengänge mit integriertem Praxissemester (33%)

I.6 Ergebnisse des CHE/dapm-Employability Ratings (33%)

I.7 Anteil dualer Studiengänge (33%)

2. Lebenslanges Lernen an der Hochschule

I.8 Anteil Fernstudiengänge (50%)

I.9 Anteil weiterbildender Master (50%)

Die zwei Teilkategorien fließen mit einer Gewichtung von 50% in die Kategoriebewertung ein.

dass sich Studien- und Berufszeiten abwechseln. Es lässt sich jedoch derzeit statistisch nur schwer erfassen, ob Employability und Lebenslanges Lernen im Bolognaprozess verbessert wurden. Denn es fehlen Untersuchungen, die mit objektiven Kriterien, etwa mit Erfolgen bei der Arbeitsmarktintegration, den Grad der Zielerreichung bestimmen können. Für den Ländercheck wurde deshalb untersucht, wie stark der Praxisbezug im Studium ein zentrales Element von Employability ist und welche formalen Bildungsangebote im Bereich Lebenslanges Lernen zur Verfügung stehen.

Praxisbezug im Studium kann auf vielfältige Weise hergestellt werden. Auch akademische Weiterbildungsangebote können verschiedene Formen annehmen. Der Ländercheck »Bologna« kann sich allerdings aufgrund der weni-

MEINUNG: **PRAXISBEZUG IM STUDIUM** **NUR TEILWEISE GELUNGEN**

Die Befragung unter Studierenden, die für den Ländercheck durchgeführt wurde, zeigt, dass die Studierenden mit dem vermittelten Praxisbezug im Studium nur teilweise zufrieden sind. Von allen Befragten antworteten auf die Frage »Wie bewerten Sie insgesamt gesehen Praxisbezug und Berufsbefähigung Ihres derzeitigen Studiums?« etwa 40% mit »sehr gut« oder »gut« und 23% mit »schlecht« oder »sehr schlecht« (Restgruppe: teils, teils). Die Differenz dieser beiden Gruppen beträgt also im bundesweiten Durchschnitt 17 Prozentpunkte. Zwar ist nur eine Minderheit unzufrieden, im Vergleich zur Zufriedenheit mit dem Studium generell schneidet die Zufriedenheit mit dem Praxisbezug aber deutlich schlechter ab. Die Bewertungen unterscheiden sich signifikant in den Bundesländern. Viele Zufriedene gibt es in Sachsen-Anhalt und Brandenburg, wo deren Anteil um 38 bzw. 35 Prozentpunkte höher ist als der Anteil der Unzufriedenen. Mehr zu kritisieren als zu loben in Bezug auf Praxisbezug im Studium gibt es dagegen im Saarland.



gen verfügbaren Statistiken nur auf eine Auswahl von Indikatoren stützen. Dennoch können damit Hinweise auf Unterschiede zwischen den Bundesländern bei Maßnahmen zu Employability und Lebenslangem Lernen geliefert werden.

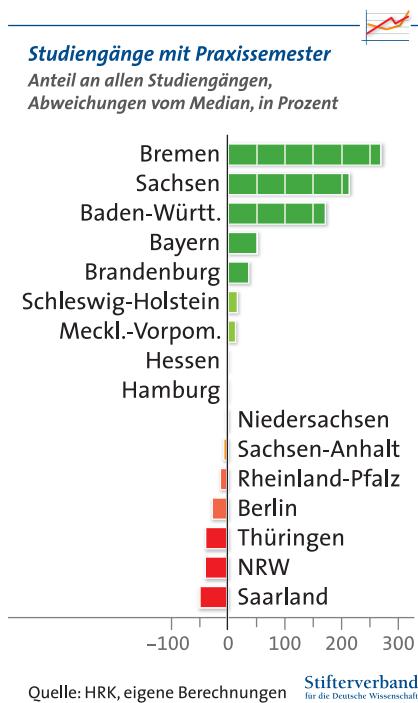
■ In der Gesamtbewertung der entsprechenden Indikatoren zu »Praxisbezug im Studium und Lebenslangem Lernen« bilden die Stadtstaaten Berlin und Hamburg sowie Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Sachsen die Spitzengruppe. Das Schlusslicht in der Gesamtbewertung ist Thü-

ringen. Das Land weist bei vier der fünf untersuchten Indikatoren Ergebnisse teilweise weit unter Durchschnitt auf. Aber auch die meisten anderen Länder in Südw- und Westdeutschland erreichen nur mäßige Bewertungen.

■ Unterschiede bestehen jedoch nicht nur zwischen den Bundesländern. Im Vergleich der einzelnen Indikatoren lassen sich auch innerhalb der Bundesländer große Unterschiede erkennen. Ein Beispiel: Die Hochschulen in Sachsen ermöglichen durch ein gutes Angebot an Fernstudiengängen, auch neben einer

Berufstätigkeit zu studieren. Kaum ein anderes Land bietet jedoch so wenige weiterbildende Masterstudiengänge an, in denen die akademische Ausbildung auch nach einer ersten Berufstätigkeit weitergeführt werden kann.

PRAXISBEZUG UND LEBENSLANGES LERNEN



PRAXISBEZUG IM STUDIUM: IM OSTEN EHER SCHWACH, NUR IN SACHSEN STARK

Bei der Bewertung der Indikatoren zum Praxisbezug sind die Hochschulen in Sachsen die Spitzenreiter. Von den übrigen ostdeutschen Bundesländern erreicht dagegen nur Brandenburg noch durchschnittliche Bewertungen. Die drei anderen Länder bilden zusammen mit Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen die Schlussgruppe.

Employability soll durch den Bologna-Prozess stärker in den Fokus der Hochschulausbildung gerückt werden. Die Hochschulen sollen für eine breite akademische Wissensgrundlage sorgen und dadurch auch auf den Arbeitsmarkt außerhalb von Wissenschaft und Forschung vorbereiten. Ein Weg, dies zu erreichen ist, Studierende in verpflichtenden Praxissemestern frühzeitig mit der Berufspraxis vertraut zu machen. Um die Bedeutung dieser Maßnahme zu ermitteln, wurden im Ländercheck die über 13.000 Studiengänge ausgewertet, die im Hochschulkompass der Hochschulrektorenkonferenz registriert sind. Danach sehen fast 7% der Studiengänge ein solches Praxissemester vor. Besonders hoch ist der Anteil in Bremen (19,5%), Sachsen (16,5%) und Baden-Württemberg (14,3%). Im Saarland (2,6%) und in Nordrhein-Westfalen

(3,1%) wird dagegen diese Art der Verzahnung von Berufspraxis und Studium wenig genutzt.

Praxissemester sind jedoch nur ein Weg, auf die berufliche Praxis hinzuführen. Ein weiterer liegt in der Vermittlung fachübergreifender Kompetenzen als Teil der Hochschullehre. Um dieses Instrument zu vergleichen, wurden für den Ländercheck die Ergebnisse des CHE/dapm-Employability-Ratings 2008 nach Bundesländern ausgewertet. In dieser Untersuchung wurden knapp 550 wirtschaftswissenschaftliche und technische Bachelor-Studiengänge an Hochschulen und Berufsakademien untersucht und bewertet. Die Untersuchung umfasst also nur eine Auswahl von etwa 10% aller Bachelor-Studiengänge, die aber einen deutlich höheren Anteil an Studierenden aufweisen. Da andere Studiengänge mit hohen Studierendenzahlen wie Jura, Medizin und Lehramtsstudien erst selten auf ein gestuftes System umgestellt sind, liefern die Zahlen des Employability-Ratings eine gute Tendenz für Unterschiede bei der Vorbereitung auf die Unternehmenspraxis im Bachelorstudium.

Kriterien für Berufsbefähigung im Employability-Rating sind Methodenkompetenz, Sozialkompetenz, Praxisbezug und, bei den betriebswirtschaftlichen Studiengängen, Internationalität.

Die Vermittlung von Fachkompetenz wird dagegen als Hauptbestandteil der Lehrpläne nicht bewertet. Im Durchschnitt erreichen die Studiengänge auf einer fünfstufigen Skala eine Bewertung von 2,7. Dabei zeigt sich ein Ost-West Gefälle. Die Studiengänge an Hochschulen in Ostdeutschland erzielen mit durchschnittlich 2,4 Punkten deutlich schlechtere Bewertungen als in Westdeutschland und Berlin mit 3,0. Vorreiter in Sachen Employability sind die Hochschulen in Baden-Württemberg mit etwa 3,3 Punkten. Dagegen kom-

men die bewerteten Studiengänge aus Brandenburg lediglich auf 2,1 Punkte.

■ Ein geringer Praxisbezug im Studium bedeutet nicht automatisch ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko nach Ende des Studiums. Ein hoher Praxisbezug kann jedoch die Integration von jungen Absolventen in den Betriebsalltag erleichtern. Die wirtschaftliche Lücke zwischen Ost- und Westdeutschland mag ein Grund dafür sein, dass sich praktische Berufserfahrung während des Studiums in den neuen Bundesländern schwerer realisieren lässt oder sich Prak-

tiker seltener zu einem Engagement an den Hochschulen bereit erklären.

■ Eine besondere und weitreichende Form, Unternehmenspraxis und Hochschulstudium zu verbinden, ist das duale Studium. Diese Studiengänge sprechen auch Zielgruppen an, die sich eher an einer beruflichen Ausbildung orientieren. Im Saarland, in Berlin und Niedersachsen sind nach Hochschulangaben zwischen 3,7% und 4,6% aller Studiengänge an Fachhochschulen und Universitäten duale Studiengänge, das ist deutschlandweit Spitze. Mit 1,3% und

LUPE:

KARRIERE DANK CAREER CENTER

Viele Hochschulen unterstützen die Studierenden beim Eintritt ins Berufsleben mit so genannten Career Centern. Diese Service-Einrichtungen bieten Berufsberatung, Bewerbungstraining und helfen bei der Jobvermittlung. Sie stellen die Brücke zwischen Hochschule und Wirtschaft dar.

Insgesamt existieren über 160 Career-Service-Einrichtungen an deutschen Hochschulen. In Relation zur Zahl der Hochschulen gibt es in Brandenburg besonders viele Career Center. Acht von zehn Landeshochschulen besitzen eine solche Einrichtung. Auch in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen haben die Hochschulen mehrheitlich ein Career Center. In Hamburg und Sachsen ist Karriereberatung an der Hochschule dagegen kaum verbreitet. Dort müssen sich Studierende alternative Ansprechpartner bei Fragen zur Berufsplanung suchen.

 Hochschulen mit Career Center
Anteil an allen Hochschulen, in Prozent



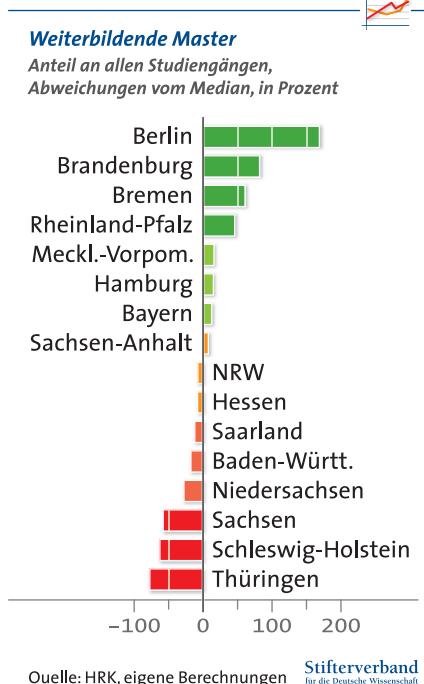
PRAXISBEZUG UND LEBENSLANGES LERNEN

1,6% der Studiengänge ist das duale Studium dagegen noch nicht an den Hochschulen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern angekommen. Einen Sonderfall bietet Baden-Württemberg. Mit der Gründung der Dualen Hochschule, die aus den Berufsakademien hervorgegangen ist, wurde ein Unikat in der deutschen Hochschullandschaft geschaffen, das sich nicht eindeutig in die Hochschulsystematik einordnen lässt. Im Ländercheck wird die Duale Hochschule mit 19 akkreditierten Studiengängen berücksichtigt, die jedoch nicht ausreichen, um Baden-Württemberg bei diesem Indikator ein besseres Ergebnis als einen Platz in der Schlussgruppe zu bescheren.

WEITERBILDUNG AN DEN HOCHSCHULEN GEWINNT AN BEDEUTUNG

Die Dreiteilung des beruflichen Lebens in Ausbildung – Erwerbstätigkeit – Ruhestand prägte lange die Biografien der Menschen und spiegelt noch immer die Mehrheit der Lebensläufe wider. Die permanente Veränderung dessen, was wir wissen und kennen müssen, um im Berufs- und Privatleben erfolgreich zu bestehen, macht jedoch mehr und mehr ein kontinuierliches Lernen sowie Weiterbildung notwendig. Bildung sollte deshalb nicht mehr ausschließlich am Anfang des Lebens stehen, sondern lebens- und berufsbegleitend stattfinden. Diesem Ziel hat sich auch der Bologna-Prozess verpflichtet.

■ Eine bereits vor Bologna etablierte Möglichkeit, zeitgleich zur Berufstätigkeit zu studieren, sind Fernstudiengänge. Insgesamt können Interessenten in Deutschland aus etwa 250 angebotenen Studiengängen auswählen. Viele öffentliche und private Hochschulen bieten inzwischen Fernstudiengänge an. Die einzige staatliche Hochschule, die ausschließlich Fernstudiengänge anbietet, ist die Fernuniversität Hagen. Trotz dieses Standortvorteils liegt das Angebot an Fernstudiengängen in Nordrhein-Westfalen unter dem bundesdeutschen Durchschnitt, da darüber hinaus gehen-



de Angebote anderer Hochschulen selten sind. Ein breites Angebot, sich per Fernstudium zu bilden, findet sich dagegen an ostdeutschen Hochschulen mit Ausnahme von Thüringen.

■ Quartäre Bildung, also die wissenschaftliche Weiterbildung, befindet sich trotz einer gewissen Tradition von Fernstudiengängen in Deutschland bisher eher noch im Aufbau. Gesetzliche und faktische Rahmenbedingungen erschweren den Hochschulen häufig ein solches Angebot. Probleme verursachen einschränkende Zugangsmöglichkeiten für beruflich Qualifizierte, restriktive Rege-

lungen zur Gebührenerhebung, die **starren Regelungen von Kapazitäts- und Lehrverpflichtungsverordnung** und hohe Mindestanforderungen an den Studienumfang. Die Regulierung der neuen Studiengänge beinhaltet zudem, dass Hochschulen zwischen konsekutiven, also direkt an das BA-Studium anschließenden, und weiterbildenden Mastern, die eine Berufspraxis von in der Regel mindestens einem Jahr voraussetzen, unterscheiden müssen. Während im konsekutiven Bereich von der primär staatlichen Finanzierung und öffentlichen Sphäre ausgegangen wird, wird im Weiterbildungskontext meist eine vollständige Privatisierung der Kosten und Erträge unterstellt. Diese Differenzierung und Benachteiligung des weiterbildenden Masters scheint bei der wachsenden gesellschaftlichen Notwendigkeit des Lebenslangen Lernens jedoch wenig zielführend.

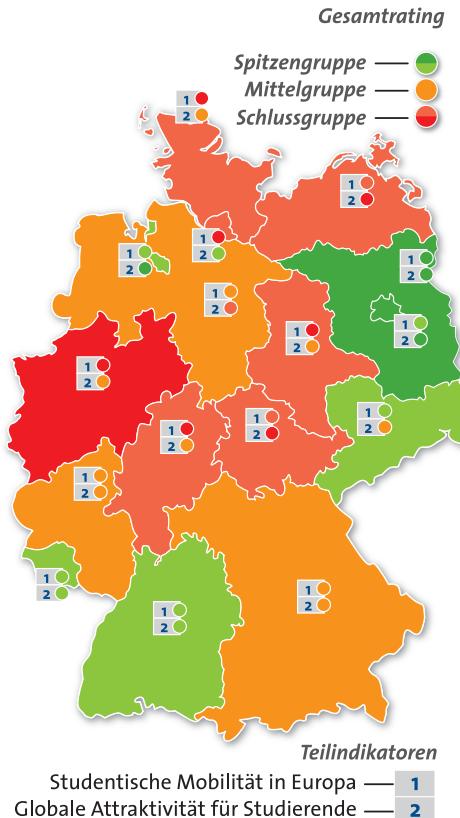
■ Bei diesen Voraussetzungen überrascht es nicht, dass insgesamt nur 4% aller Studiengänge weiterbildend sind. Die Auswertung zeigt, dass dieser Anteil in den Bundesländern zwischen 1% und 10% variiert. Berlin ist Hauptstadt für Weiterbildung, auf den weiteren Plätzen folgen Brandenburg, Bremen und Rheinland-Pfalz. Kaum Angebote für quartäre Bildung gibt es dagegen in Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen.

■ Bundesländer, in denen die Hochschulen insgesamt nur langsam auf Bachelor und Master umstellen, finden sich naturgemäß nicht in der Spitzengruppe bei weiterbildenden Mastern wieder. Ein geringer Umstellungsgrad muss jedoch nicht gleichbedeutend sein mit wenigen weiterbildenden Mastern. So zählen Bayern und Mecklenburg-Vorpommern zur Schlussgruppe bei der Umstellung auf die gestuften Studiengänge und erreichen dennoch bei weiterbildenden Mastern überdurchschnittliche Ergebnisse. Denn werden lediglich Master-Studiengänge als Vergleich herangezogen, dann ist das Angebot an weiterbildenden Mastern in den beiden Ländern sehr hoch. Etwa jeder sechste Master ist dort als weiterbildend eingestuft. Deutschlandweit richtet sich etwa jeder achte Master speziell an Studieninteressierte mit Berufserfahrung. In Ländern wie Thüringen und Schleswig-Holstein dagegen ist es gerade einmal ein Studiengang von 30.

STUDENTISCHE MOBILITÄT UND GLOBALE ATTRAKTIVITÄT

GRENZENLOS STUDIEREN

Studentische Mobilität und globale Attraktivität



Der Bologna-Prozess soll zu einem starken, gemeinsamen Europäischen Hochschulraum führen. Dieser Europäische Hochschulraum soll sich vor allem durch zwei Aspekte auszeichnen: Möglichst viele Studierende sollen einen Teil ihres Studiums im europäischen Ausland verbringen und der Europäische Hochschulraum soll für qualifizierte Studierende, aber auch für die besten Forscher aus aller Welt, ein attraktiver Standort sein.

■ Durch die Einführung gestufter Studiengänge ist die studentische Mobilität schwieriger zu messen als früher, da sich Studierenden ein größeres Spektrum an möglichen Organisationsformen ihrer Auslandsaufenthalte bietet. Der Auslandsaufenthalt kann wie bisher während des Studiums durchgeführt werden. Durch die Stufung kann aber auch die erste oder zweite Stufe des Studiums komplett im Ausland absolviert werden oder der Auslandsaufenthalt findet zwischen dem Bachelor- und dem Masterstudium statt (sogenannte »Bridge-Mobility«). Diese neuen Möglichkeiten der Mobilität werden aber statistisch nur unzureichend erfasst. Nach wie vor ist ein wichtiger Maßstab für studentische Mobilität in Europa das Erasmus-Programm, mit dem die Europäische Union den Studentenaustausch innerhalb Europas in großem Umfang fördert. Insgesamt wurden im Studienjahr 2007/08 180.000 Auslandsaufenthalte unterstützt. Über 25.000 deutsche Studierende gehen mit Erasmus jährlich ins Ausland, rund 20.000 Ausländer kommen mit dem Programm nach Deutschland.

Gliederung und Gewichtung der 3. Bologna-Kategorie:

- 1. Studentische Mobilität in Europa**
 - I.10 Erasmus Studierende Outgoing aktuell (25%)
 - I.11 Durchschnitt Erasmus Studierende Outgoing seit 2002 (25%)
- I.12 Erasmus Studierende Incoming aktuell (25%)**
- I.13 Durchschnitt Erasmus Studierende Incoming seit 2002 (25%)**

2. Globale Attraktivität für Studierende

- I.14 Bildungsausländer in BA- und MA-Studiengängen (67%)**
- I.15 Anteil englischsprachiger Studiengänge (33%)**

Die Teilkategorie »Studentische Mobilität« fließt mit einer Gewichtung von 67% in die Kategoriebewertung ein, die Teilkategorie »Globale Attraktivität« mit 33%.

■ Die Erhöhung der globalen Attraktivität des Europäischen Hochschulraums wird durch ganz unterschiedliche Initiativen gefördert. Mit der in London beschlossenen »Strategie zum Europäischen Hochschulraum im globalen Rahmen« sollen in den nächsten Jahren die Informationen zum Bologna-Prozess verbessert, die partnerschaftliche Zusammenarbeit verstärkt und Fortschritte bei der Anerkennung von Qualifikationen und Studienabschnitten auch außerhalb Europas erreicht werden. Dabei

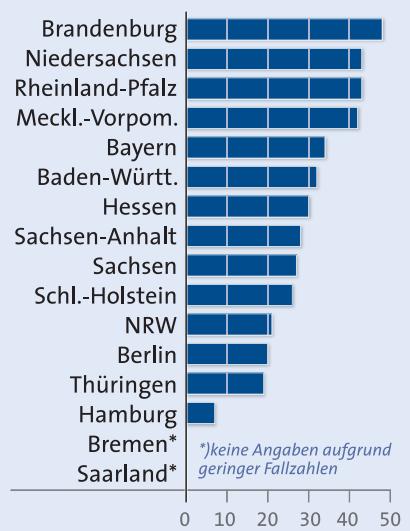
MEINUNG:

QUALITÄT DER AUSLANDSBERATUNG

Eine Befragung unter 4.000 Studierenden im Sommer 2009 hat gezeigt, dass durchaus nicht alle Studierenden mit der Auslandsberatung an ihrer Hochschule zufrieden sind. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede in den Bundesländern, die größtenteils die Befunde aus den statistischen Daten stützen. So gehen in Hamburg und Nordrhein-Westfalen besonders wenig deutsche Studierende ins Ausland. In beiden Bundesländern wird die Auslandsberatung von den Studierenden vergleichsweise schlecht bewertet. In Brandenburg, Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen gibt es dagegen überdurchschnittlich viele Studierende, die mit Erasmus ins Ausland gehen. Dies wird offensichtlich gefördert durch die Beratung seitens akademischer Auslandsämter, die von den Studierenden überwiegend positiv beurteilt wurde. Einzig in Mecklenburg-Vorpommern gibt es eine sehr positive Beurteilung der Auslandsberatung durch Hochschulen, aber nur wenige Studierende, die ins Ausland gehen.

Zufriedenheit mit Auslandsberatung

Differenz zwischen hoher und geringer Zufriedenheit von Studierenden mit der Auslandsberatung ihrer Hochschule, in Prozent



Quelle: Master-Studie 2009,
Sonderauswertung für den
Stifterverband

Stifterverband
für die Deutsche Wissenschaft

spielt die Anwerbung von internationalen Forschern eine wichtige Rolle. Im Rahmen dieses Länderchecks soll der Fokus jedoch auf der globalen Attraktivität des deutschen Hochschulraums für Studierende liegen. Ein wichtiger Gradmesser dafür ist der Anteil von Bildungsausländern an den Studierenden. Dieser Anteil liegt in Deutschland derzeit bei knapp 10% (etwa 180.000 Studierende). Deutlich höhere Anteile an internationalen Studierenden erzielen Hochschulen, die englischsprachige Studiengänge anbieten.

In der Gesamtbewertung der Kategorie »Studentische Mobilität und globale Attraktivität« schneiden Berlin und Brandenburg am besten ab. Aber auch Baden-Württemberg, Bremen, das Saarland und Sachsen sind international gut aufgestellt. Im Norden ist die »studentische Mobilität« (mit Ausnahme Bremens) unterdurchschnittlich: Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein sind in der Schlussgruppe, Niedersachsen im Mittelfeld. Nordrhein-Westfalen liegt vor allem wegen der geringen Mobilität der Studierenden

in der Gesamtbewertung der Kategorie ganz hinten.

STUDENTISCHE MOBILITÄT UND GLOBALE ATTRAKTIVITÄT

DER NORDEN BLEIBT ZU HAUSE

Bei der Auswertung des Erasmus-Programms für die Teilkategorie »Studentische Mobilität in Europa« bilden Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, das Saarland und Sachsen die Spitzengruppe. Mit Nordrhein-Westfalen, Hessen und Sachsen-Anhalt schneiden Länder in der Mitte Deutschlands ebenso schlecht ab wie Schleswig-Holstein und Hamburg im äußersten Norden. Zur Bewertung wurden jeweils die Erasmus-Studierenden, die von deutschen Hochschulen ins Ausland gingen (»Outgoing«) oder aus dem Ausland nach Deutschland kamen (»Incoming«), herangezogen. Analysiert wurden die Entwicklung der Erasmus-Studierenden seit 2002 sowie die jeweils aktuellen Zahlen. Positiv zu bewerten ist die Entwicklung der deutschen Erasmus-Studierenden seit 2002. In fast allen Bundesländern steigt seitdem die Zahl der Studierenden, die mit Erasmus ins Ausland gehen.

Den größten Anteil an Erasmus-Studierenden hatten im Studienjahr 2007/08 die Hochschulen in Bremen, Brandenburg und Baden-Württemberg mit knapp 2%. Den geringsten Anteil mit unter 1% hatten Nordrhein-Westfalen und Hamburg. Positiv wirkt sich die Förderung von Auslandspraktika durch das Erasmus-Programm aus, die im Jahr 2007/08 eingeführt wurde. Knapp 3.000

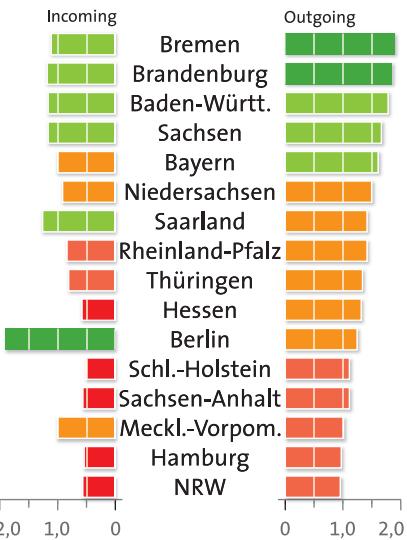
Studierende haben im ersten Jahr der Einführung ein gefördertes Praktikum im Ausland absolviert.

■ Weniger erfreulich sind die Zahlen bei den Studierenden, die mit Erasmus aus dem Ausland an deutsche Hochschulen kommen. Insgesamt gehen weniger Studierende nach Deutschland als deutsche Studierende ins Ausland. Seit 2002 sind die Zahlen relativ konstant: Etwa 0,9% der an deutschen Hochschulen Immatrikulierten sind Erasmus-Studierende. Spitzenreiter sind die Berliner Hochschulen, die zwischen 2002 und 2006 den Anteil von 1,3% auf 1,9% steigern konnten. Ebenfalls weit überdurchschnittlich ist das Saarland mit 1,3% Erasmus-Studierenden. Die Hochschulen von Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein belegen die hinteren Plätze im Bundesländervergleich. Dort kam im Durchschnitt der Studienjahre 2002/03 bis 2006/07 nur ein ausländischer Erasmus-Studierender auf 200 eingeschriebene Studierende.

■ Auffällig ist die große Spannbreite bei der Kategorie »Studentische Mobilität« zwischen den drei Stadtstaaten. Bremer Hochschulen entsenden viele Erasmus-Studierende ins Ausland und nehmen viele ausländische Studierende auf. Berlin profitiert besonders von seinem attraktiven Standort für ausländi-

Studentische Mobilität

Anteil der Studierenden, die mit Erasmus ins Ausland gehen (outgoing) oder nach Deutschland kommen (incoming) an allen Studierenden, in Prozent



Quelle: DAAD, Stat. Bundesamt

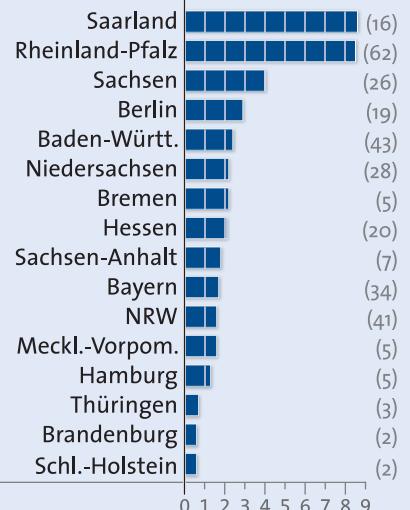
Stifterverband
für die Deutsche Wissenschaft

sche Studierende. Hamburger Hochschulen sind weder attraktiv für ausländische Studierende noch gehen viele Hamburger Studierende ins Ausland. Die Zahlen bei den »Incoming-Studierenden« sind besonders deutlich: Während an Berliner Hochschulen etwa einer von 50 Studierenden mit Erasmus aus dem Ausland kommt, sind es in Bremen etwa einer von 100 und in Hamburg einer von 200.

LUPE: STUDIENGÄNGE MIT DOPPELABSCHLÜSSEN – PARLEZ-VOUS FRANÇAIS?

Bei Studiengängen mit Doppelabschlüssen wird sowohl an einer deutschen als auch an einer (oder zwei) ausländischen Hochschule(n) studiert. Am Ende erhält der Studierende Abschlüsse von beiden oder allen drei beteiligten Hochschulen. Die Mehrheit solcher bi- oder trinationalen Studiengänge entfällt auf die wirtschafts- und ingenieurwissenschaftlichen Fächer. Zur Förderung von deutsch-französischen Studiengängen wurde die Deutsch-Französische Hochschule eingerichtet, deren 52 deutsche Mitglieds-hochschulen von der RWTH Aachen bis zur Universität Würzburg rund 150 der über 300 in Deutschland angebotenen Doppelabschluss-Studiengänge eingerichtet haben. Insgesamt sind etwa 2,5% aller Studiengänge an deutschen Hochschulen Doppelabschluss-Studiengänge. Über 80% der Studiengänge führen zu BA-/MA-Abschlüssen. Die Vorreiter für solche Studiengänge sitzen an der französischen Grenze: Zusammen bieten Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und das Saarland rund 120 Studiengänge mit Doppelabschluss an. Das sind 40% aller in Deutschland angebotenen Doppelabschluss-Studiengänge. In Rheinland-Pfalz und im Saarland enden 8% der Studiengänge mit einem Doppelabschluss. Das ist deutschlandweit ein Spitzenwert. Ebenfalls vorbildlich sind die Hochschulen in Sachsen, die 4% ihrer Studiengänge bi- oder trinational anbieten. Die Hochschulen in Brandenburg, Schleswig-Holstein und Thüringen haben praktisch keine derartigen Studiengänge eingerichtet.

Studiengänge mit Doppelabschluss
Anteil an allen Studiengängen, in Prozent
(Anzahl in Klammern)



Quelle: HRK, eigene Berechnungen Stifterverband
für die Deutsche Wirtschaft

STUDENTISCHE MOBILITÄT UND GLOBALE ATTRAKTIVITÄT

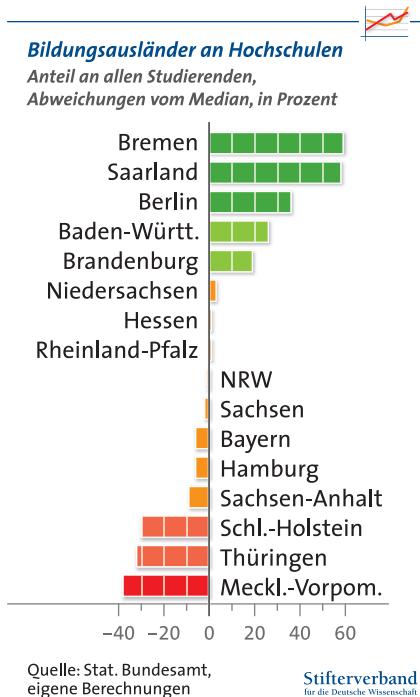
BERLIN UND BREMEN ATTRAKTIV FÜR AUSLÄNDISCHE STUDIERENDE

Die Zahl der ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen hat sich seit 1975 mehr als verfünfacht. Heute sind über 12% der Studierenden Ausländer. Seit einigen Jahren kann in der Statistik zwischen Ausländern unterschieden werden, die ihre Hochschulreife in Deutschland (»Bildungsinländer«) oder im Ausland (»Bildungsausländer«) erworben haben. Nur Bildungsausländer gelten als international mobile Studierende, da sie erst für das Studium nach Deutschland gekommen sind. Von den Bildungsausländern kommen rund 50% aus dem europäischen Raum. Die zweitgrößte und am stärksten expandierende Gruppe sind die Asiaten, die knapp ein Drittel der Bildungsausländer an deutschen Hochschulen ausmachen. Aus Afrika (10%) und Amerika (5%) kommen verhältnismäßig wenige Studierende nach Deutschland.

Da die deutsche Sprache als ein Haupthinderungsgrund für die Aufnahme eines Studiums in Deutschland gilt, haben internationale Hochschulen wie die Bremer »Jacobs University« oder die Berliner »Hertie School of Governance« Englisch als Hauptunterrichtssprache eingeführt. Derzeit werden in Deutschland knapp 600 Studiengänge in englischer Sprache angeboten, knapp 5% aller Studiengänge.

Bei der Bewertung dieser beiden Indikatoren für globale Attraktivität sind Berlin, Brandenburg und Bremen die attraktivsten deutschen Bundesländer. Mit 25% englischsprachiger Studiengänge und 16% Bildungsausländeranteil in den BA/MA-Studiengängen liegt Bremen weit über dem deutschen Durchschnitt. Baden-Württemberg, Hamburg und das Saarland zählen ebenfalls zur Spitzengruppe. Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen schneiden hingegen schlecht ab. Diese Länder haben kaum Bildungsausländer und die Hochschulen bemühen sich auch nicht, durch die Einführung englischsprachiger Studiengänge welche anzuwerben.

Interessant ist, wie sehr der Anteil der Bildungsausländer an den Studierenden zwischen den Bundesländern schwankt. Kommen in Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Thüringen auf 100 Studierende nur sechs Bildungsausländer, sind es in Bayern acht, in Baden-Württemberg elf und im Saarland 14. Dass die Einrichtung englischsprachiger Studiengänge auch mehr ausländische Studierende anlockt, zeigt der Vergleich der beiden Indikatoren: Die vier Bundesländer mit den meisten englischsprachigen Studiengänge können mindestens durchschnittliche



Ausländeranteile verzeichnen. Umgekehrt gilt dies nicht: Die Hochschulen im Saarland haben zwar überdurchschnittlich viele Bildungsausländer, zeigen aber – geografisch verständlich – wenig Interesse an der Einrichtung von englischsprachigen Studiengängen.

LUPE:

PROFIS – EINE QUALITÄT OFFENSIVE ZUR INTERNATIONALISIERUNG

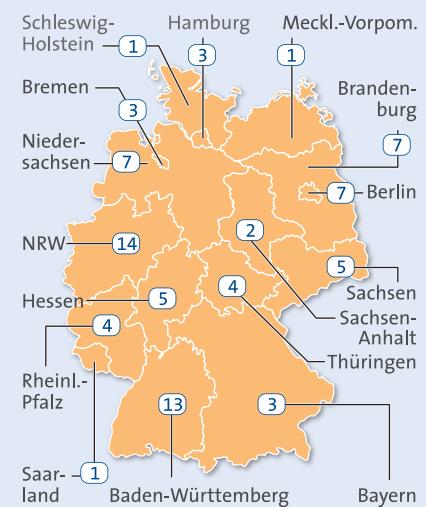
Das aus Mitteln des BMBF finanzierte und vom DAAD ausgeschriebene Programm PROFIS zielt darauf ab, bessere Rahmenbedingungen für ausländische Studierende an deutschen Hochschulen und das Auslandsstudium deutscher Studierender zu schaffen. Die an den Hochschulen bereits durchgeführten Maßnahmen zur Internationalisierung sollten in eine die gesamte Hochschule umfassende Internationalisierungsstrategie eingebunden werden.

Angestrebte wurde dabei nicht zuletzt, die hochschulinterne Zusammenarbeit wie auch die Kooperation mit externen Partnern zu fördern.

Gefördert wurden in zwei Projektphasen zwischen 2005 und 2008 insgesamt 80 Projekte an Hochschulen. Besonders erfolgreich bei diesem DAAD-Wettbewerb waren die beiden Länder, die sich auch bei den anderen Indikatoren durch hohe Internationalität ausgezeichnet haben: In Brandenburg kommen acht PROFIS-Projekte auf zehn Hochschulen, in Bremen sind es sechs. Dritterfolgreichstes Land war Thüringen. Wenige Internationalisierungs-Projekte haben die Hochschulen in Schleswig-Holstein und in Bayern vom DAAD eingeworben: Nur jede zehnte Hochschule wurde in diesen beiden Ländern gefördert.

Ausgezeichnete Internationalisierungsstrategien

Anzahl der geförderten PROFIS-Projekte
an Hochschulen



Quelle: DAAD

Stifterverband
für die Deutsche Wissenschaft

FAZIT

BOLOGNA KANN GELINGEN

Die Unterschiede zwischen den Bundesländern sind groß. Fünf Länder waren Vorreiter bei der Umstellung auf Bachelor- und Master-Studiengänge: Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg und Niedersachsen. In der Tendenz haben diese Länder auch überdurchschnittliche Werte bei Praxisbezug und Mobilität. Dies gilt insbesondere für die Gesamtgewinner des Länderchecks. Berlin, Brandenburg und Bremen haben konsequent auf gestufte Studiengänge umgestellt und schneiden gleichzeitig gut bei den gewählten Indikatoren für Employability und Mobilität ab. Sie haben es geschafft, die mit der Studienstrukturreform anvisierten Ziele zu erreichen. Das Beispiel der drei Länder zeigt: Bologna kann gelingen.

Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben den formalen Teil des Bolognaprozesses weitgehend hinter sich gebracht. In diesen drei Ländern sind bereits vier von fünf Studiengängen auf die neuen Abschlüsse umgestellt. Die mit der Reform verbundenen Ziele wurden nach jetzigem Kenntnisstand jedoch teilweise verfehlt: Zumeist unterdurchschnittliche Ergebnisse bei Praxisbezug und internationaler Mobilität weisen auf Umsetzungsprobleme hin, die eine Nachsteuerung erforderlich erscheinen lassen.

Vier Länder lassen sich Zeit bei der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen. Darunter sind Hessen und Bayern die Nachzügler, die durch den Bologna-Prozess noch gewinnen können. Derzeit erreichen die Länder bei Praxisbezug des Studiums und Mobilität der Studierenden durchschnittliche oder unterdurchschnittliche Werte. Da sie aber einen größeren Teil der Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse noch vor sich haben, besteht die Chance, vom Bologna-Prozess zu profitieren. Sachsen weist bereits jetzt sehr gute Rahmenbedingungen auf. Das Land ist auch ohne die flächendeckende Einführung gestufter Studiengänge überdurchschnittlich gut bei den Indikatoren für Praxisbezug im Studium und internationale Mobilität. Diese Qualität gilt es jetzt, in die neuen Studiengänge zu übertragen.

Die Beispiele zeigen, dass Länder mit einer hohen Umstellungsrate die Bologna-Ziele tendenziell besser erfüllen als Länder, die später umgestellt haben: Die rein technische Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge bringen die Hochschulen allerdings nicht automatisch den Bologna-Zielen näher, es kommt beim Bologna-Prozess auf die Umsetzung an. Den Bologna-Kritikern sei aber auch gesagt: Die Hochschulen in den erfolgreichen Bundesländern zeigen, dass Bologna nicht zu geringerer Internationalität und Mobilität führen muss – das Gegenteil scheint der Fall zu sein.

Der vorliegende Ländercheck stellt aufgrund des eingeschränkten Datenmaterials nicht mehr als eine Momentaufnahme dar. Die mittel- und langfristigen Auswirkungen der Bologna-Reform lassen sich erst umfassend beurteilen, wenn mehrere Absolventenjahrgänge ihr Studium beendet haben. Deren Studium, Berufseintritte und -verläufe müssen sorgfältig analysiert werden. Weitere empirische Untersuchungen müssen das Konzept der Employability von Studiengängen genauer beleuchten und messen. Dies ist bislang ein großes Desiderat geblieben. Statistische Lücken gibt es auch bei den neuen Formen der Mobilität, die Bologna bietet. Bisher gibt es verlässliche Daten nur für die Mobilität während eines Studiums, die damit nur noch einen Teil der Auslandsmobilität abdecken. Gänzlich ausgeklammert wurde in der vorliegenden Analyse die Promotionsphase als dritter Teil der hochschulischen Ausbildung, da keine brauchbaren statistischen Daten zu Promovierenden an Hochschulen vorliegen – ebenfalls eine bedauerliche Lücke in der Hochschulstatistik

INDIKATOREN UND METHODIK

BERECHNUNG DER INDIKATOREN

Die Gesamtbewertung des Länderchecks »Bologna« setzt sich aus 15 Indikatoren zusammen. Davon messen vier die Einführung gestufter Studiengänge, fünf den Praxisbezug im Studium und Lebenslanges Lernen und sechs die studentische Mobilität und globale Attraktivität. Die Bundesländer werden anhand ihrer relativen Position bewertet und in fünf Gruppen, von weit überdurchschnittlich bis weit unterdurchschnittlich, eingeteilt. Dafür wird für jeden Indikator der Median ermittelt, Abweichungen werden nach oben und unten bewertet. Für jeden Indikator wird entsprechend der Gruppe ein Punktwert für jedes Bundesland ermittelt. Diese werden zu Kategorien zusammengefasst und gewichtet. Die Bewertung der so gebildeten Kategorien erfolgt anhand des Anteils an der maximal zu erreichenen Punktezahl. Die Gesamtbewertung errechnet sich aus den einzelnen Kategoriebewertungen.

BEWERTUNG	EINZELINDIKATOR	KATEGORIE-UND GESAMTBEWERTUNG
	Abweichung vom Median	Anteil an max. Punktezahl
Weit überdurchschnittlich	$\geq + 33\%$	80–100%
Überdurchschnittlich	$\geq + 10\%$ und $< + 33\%$	60–79%
Durchschnittlich	$\geq - 10\%$ und $< + 10\%$	40–59%
Unterdurchschnittlich	$\geq - 33\%$ und $< - 10\%$	20–39%
Weit unterdurchschnittlich	$< - 33\%$	0–19%

DIE INDIKATOREN

I.1 Anteil BA- und MA-Studiengänge

Bachelor- und Masterstudienangebote in % aller nichtauslaufenden Studiengänge im Sommersemester 2009.

Quelle: Hochschulrektorenkonferenz, Statistische Daten zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen, Sommersemester 2009

I.2 Anteil BA- und MA-Studierende

Studierende in Bachelor und Master Studiengängen in % aller Studierenden im Wintersemester 2008/2009.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Studierende an Hochschulen Wintersemester 2008/2009, Sonderauswertung nach Bundesländern, eigene Berechnung

I.3 Anteil BA- und MA-Studienanfänger

Studierende im ersten Hochschulsemester in Studiengängen, die mit einem Bachelor oder Master abschließen, in % aller Studierenden im ersten Hochschulsemester im Wintersemester 2008/2009.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Studierende an Hochschulen Wintersemester 2008/2009, Sonderauswertung nach Bundesländern

I.4 Anteil BA- und MA-Absolventen

Bachelor- und Masterabschlüsse in % aller Abschlüsse ohne Promotionen im Wintersemester 2007/2008.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Prüfungen an Hochschulen 2007, eigene Berechnungen

I.5 Anteil Studiengänge mit integriertem Praxissemester

Studiengänge an Fachhochschulen und Universitäten (ohne Kunst- und Musikhochschulen) mit verpflichtendem Praxissemester in % aller Studiengänge.

Quelle: Eigene Auswertung des HRK-Hochschulkompass, Juli 2009

I.6 Ergebnisse des CHE-/dapm-Employability-Ratings

Auswertung der 550 Bachelor-Studiengänge des CHE/dapm-Rating nach Bundesländern; Abweichung der jeweiligen Durchschnittswerte der Länder vom Mittelwert aller untersuchten Studiengänge. Aufgrund geringer Fallzahlen wurden Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen nicht berücksichtigt.

Quelle: CHE-/dapm-Employability-Rating 2008; eigene Berechnungen

I.7 Anteil dualer Studiengänge

Duale Studiengänge an Fachhochschulen und Universitäten (ohne Kunst- und Musikhochschulen) und akkreditierte Studiengänge an Berufsakademien in % aller Studiengänge (Baden-Württemberg: inkl. 19 akkreditierte Studiengänge an der »Dualen Hochschule«)

Quelle: Eigene Auswertung des HRK-Hochschulkompass, Juli 2009; Akkreditierungsrat

I.8 Anteil Fernstudiengänge

Fernstudiengänge in % aller Studiengänge (ohne Kunst- und Musikhochschulen)

Quelle: Eigene Auswertung des HRK-Hochschulkompass, Juli 2009

I.9 Anteil weiterbildender Masterstudiengänge

Weiterbildende Master und als konsekutive oder nicht-konsekutive Master gekennzeichnete Studiengänge, die aber eine vorherige mindestens einjährige Berufspraxis voraussetzen, in % aller Studiengänge (ohne Studiengänge an Kunst- und Musikhochschulen).

Quelle: Eigene Auswertung des HRK-Hochschulkompass, Juli 2009, eigene Berechnungen

I.10 Erasmus-Studierende Outgoing

Bildungsdeutsche Studierende im europäischen Ausland im Erasmus-Programm (inkl. Praktika) in % aller Studierenden, Studienjahr 2007/08

Quelle: DAAD, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

I.11 Durchschnitt Erasmus Studierende

Outgoing seit 2002

Bildungsdeutsche Studierende im europäischen Ausland im Erasmus-Programm, Durchschnitt der Studienjahre 2002/03 bis 2007/08, in % aller Studierenden,

Quelle: DAAD, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

I.12 Erasmus Studierende Incoming

Ausländische Erasmus-Studierende in Deutschland in % aller Studierenden, Studienjahr 2006/07

Quelle: DAAD, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

I.13 Durchschnitt Erasmus Studierende

Incoming seit 2002

Ausländische Erasmus-Studierende in Deutschland, Durchschnitt der Studienjahre 2002/03 bis 2006/07, in % aller Studierenden

Quelle: DAAD, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

I.14 Bildungsausländer in BA- und MA-Studiengängen

Ausländer mit ausländischer Hochschulreife (Bildungsausländer) in BA/MA-Studiengängen in % aller Studierenden in BA/MA-Studiengängen, Wintersemester 2007/08

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

I.15 Anteil englischsprachiger Studiengänge

Anteil der Studiengänge mit Hauptunterrichtssprache Englisch an allen Studiengängen (Studiengänge aller Abschlussarten ohne Studiengänge an Kunst- und Musikhochschulen)

Quelle: Eigene Auswertung des HRK-Hochschulkompass, Juni 2009, eigene Berechnungen

Lupe: Lehramtsstudiengänge

Bachelor of Education-Studiengänge in % aller grundständigen Lehramtsstudiengänge

Quelle: Eigene Auswertung des HRK-Hochschulkompass, Juli 2009, eigene Berechnungen

Lupe: Akkreditierung

Akkreditierte BA/MA-Studiengänge in % aller BA/MA-Studiengänge

Quelle: Eigene Auswertung des HRK-Hochschulkompass und Datenbankabfrage Akkreditierungsrat, jeweils Juni 2009, eigene Berechnungen

Lupe: Career Center

Zahl der im Hochschulkompass registrierten Hochschulen mit Career Center in % aller Hochschulen

Quelle: Eigene Auswertung des HRK-Hochschulkompass, Juni 2009

Lupe: Doppelabschlüsse

Studiengänge, die zu einem inländischen und mindestens einem ausländischen Abschluss führen, in % aller Studiengänge (alle Abschlussarten)

Quelle: Eigene Auswertung des HRK-Hochschulkompass, Juni 2009

Lupe: Profis

Geförderte Projekte im Rahmen des PROFIS-Programms zur Internationalisierung der deutschen Hochschulen

Quelle: DAAD

Meinungen

Im Rahmen der Master-Studie 2009 wurden exklusiv für den Ländercheck Studierende zu den Themen Praxisbezug und Mobilität im Studium befragt und Ergebnisse zur Studienzufriedenheit auf Bundesländerebene ausgewertet. Die Master Studie ist eine Studierendenbefragung, die im Sommer 2009 von der Agentur SWOP in Kooperation mit dem ZEIT-Verlag durchgeführt wurde. Die Ergebnisse basieren auf Angaben von circa 4.000 Studierenden aller Fachrichtungen an etwa 250 Hochschulen Deutschlands.

INDIKATOREN UND METHODIK

1. Einführung der gestuften Studiengänge				2. Praxisbezug und Lebenslanges Lernen				
				Praxisbezug				
	I.1 Anteil der BA/MA Studi- engänge	I.2 Anteil BA/MA Studierende	I.3 Anteil BA/MA Studienan- fänger	I.4 Anteil BA/MA Absolventen	I.5 Anteil Studiengänge mit inte- griertem Pra- xissemester	I.6 Ergebnisse des CHE/ dapm- Employability- Ratings	I.7 Anteil dualer Studiengänge	
in %								
Baden-Württemberg	BW	67,0	46,1	69,4	13,0	14,3	3,3	1,6
Bayern	BY	55,2	34,5	62,0	10,0	8,0	3,0	2,6
Berlin	BE	90,7	45,7	65,1	19,5	3,8	3,0	4,2
Brandenburg	BR	89,8	52,9	73,8	25,0	7,2	2,1	1,9
Bremen	HB	88,5	59,2	85,0	22,2	19,5	2,4	2,2
Hamburg	HH	94,5	45,1	82,3	13,0	5,3	n	3,5
Hessen	HE	68,6	36,4	63,8	13,7	5,3	2,9	2,6
Mecklenburg-Vorpommern	MV	58,3	38,8	59,7	26,2	6,0	n	1,6
Niedersachsen	NI	94,4	51,8	80,7	13,3	5,0	2,9	3,7
Nordrhein-Westfalen	NRW	81,3	45,2	78,7	16,2	3,1	3,0	1,9
Rheinland-Pfalz	RP	89,9	35,8	77,2	10,0	4,6	2,8	2,3
Saarland	SL	54,8	40,5	62,1	11,9	2,6	2,3	4,6
Sachsen	SN	74,4	31,9	56,6	10,8	16,5	n	3,1
Sachsen-Anhalt	SA	79,6	49,8	78,1	14,2	4,9	2,9	1,3
Schleswig-Holstein	SH	92,8	45,6	77,7	14,1	6,1	3,1	3,1
Thüringen	TH	78,2	45,3	74,1	18,2	3,2	2,2	3,2
MEDIAN		80,4	45,3	74,0	13,9	5,3	2,9	2,6

3. Studentische Mobilität und globale Attraktivität

Lebenslanges Lernen		Studentische Mobilität in Europa					Globale Attraktivität	
I.8 Anteil Fernstudien- gänge	I.9 Anteil weiter- bildende Master- studiengänge	I.10 Erasmus- Studierende Outgoing	I.11 Erasmus Studierende Outgoing seit 2002	I.12 Erasmus Studierende Incoming	I.13 Erasmus Studierende Incoming seit 2002	I.14 Anteil Bildungs- ausländer	I.15 Anteil englisch- sprachige Studiengänge	
in %								
1,1	3,2	1,8	1,4	1,2	1,2	11,1	4,9	
0,2	4,3	1,6	1,3	1,0	1,0	8,3	3,4	
2,5	10,4	1,3	1,3	1,9	1,6	12,0	8,7	
4,4	7,0	1,9	1,7	1,2	1,2	10,5	5,7	
1,3	6,2	1,9	1,4	1,1	1,0	14,0	24,3	
3,8	4,4	1,0	0,8	0,5	0,5	8,3	6,8	
1,7	3,5	1,3	0,9	0,6	0,5	8,9	5,1	
3,8	4,5	1,0	1,1	1,0	1,0	5,5	2,9	
1,4	2,8	1,5	1,3	0,9	0,9	9,1	1,7	
1,7	3,6	1,0	0,7	0,6	0,5	8,7	3,7	
3,1	5,6	1,4	1,4	0,8	0,9	8,9	3,0	
1,5	3,4	1,4	1,4	1,3	1,4	13,9	3,2	
3,9	1,6	1,7	1,5	1,2	1,1	8,6	2,9	
4,1	4,1	1,1	0,8	0,6	0,6	8,0	4,7	
3,3	1,4	1,1	1,0	0,5	0,5	6,2	4,6	
0,8	0,9	1,3	1,1	0,8	0,8	6,0	1,5	
2,1	3,9	1,4	1,3	1,0	0,9	8,8	4,2	

LEHRE UND FORSCHUNG IM FÖDERALEN WETTBEWERB DER LÄNDERCHECK WISSENSCHAFT

Deutschland ist ein föderaler Bundesstaat. Die staatlichen Verantwortlichkeiten für Bildung und Wissenschaft sind vorrangig bei den 16 Bundesländern verortet. Für den Hochschulbereich hat die Föderalismus-Reform im Jahr 2006 den Ländern praktisch die Alleinzuständigkeit eingeräumt. Damit erwächst ein Wettbewerb zwischen den Ländern um die besten Bedingungen für Bildung und Forschung, aber auch eine Verantwortung der Länder zur Zusammenarbeit und Abstimmung bei nationalen Herausforderungen. Der Stifterverband-Ländercheck überprüft regelmäßig den Stand und die Wirkungen des föderalen Wettbewerbs auf unterschiedlichen Feldern der akademischen Bildungs- und Innovationspolitik und zeichnet Landkarten Deutschlands, die Orientierungen bieten für politische Standortdebatten.

AUTOREN

Pascal Hetze, pascal.hetze@stifterverband.de

Mathias Winde, mathias.winde@stifterverband.de

unter Mitwirkung von Britta Jansen und Ralph Müller-Eiselt

HERAUSGEBER

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Barkhovenalle 1, 45239 Essen

Postfach 16 44 60, 45224 Essen

Telefon (02 01) 84 01-0

Telefax (02 01) 84 01-3 01

mail@stifterverband.de

www.stifterverband.de

REDAKTION

Cornelia Herting

Moritz Kralemann

GESTALTUNG

dakato...design.

www.dakato.com

INFOGRAFIK

Isotype.com

DRUCK

www.fata-morgana.de

